Fast 20 Milliarden Mark holt die Post ihren Telefonkunden jährlich aus der Tasche. Sie verlangt die zweithöchsten Preise der Welt. Aber der Service, den der Monopolbetrieb bietet, ist jämmerlich

Ein Bericht von Wolf Perdelwitz

Schuld ist Kaiser Wilhelm selig. Er war es, der vor 85 Jahren der damals 21 Jahre jungen Reichspost ein Recht übertrug, das so gut war wie die Erlaubnis, eigenes Geld zu drucken: die Fernmeldehoheit. Und seit der Reichstag dann 1928 auch noch das Fernmeldeanlagengesetz beschloß, das allein der Post das Recht zum Bau und Betrieb ziviler Kommunikationstechnik garantierte, sitzt diese Post wie eine Glucke auf einem goldenen Ei.

Jeder, der als Kunde der Bundespost ein Telefon hat, wird kräftig geschröpft. Um wieviel billiger es ginge, führen andere Länder vor: Luxemburger und Japaner zahlen nur ein Fünftel, die Schweden ein Drittel, Dänen und Amerikaner die Hälfte der bundesdeutschen Gebühren. Nur in Australien ist's noch teurer als bei uns. Wer ins Ausland reist, merkt: Mit zunehmender Entfernung wird der Anruf ins deutsche Heim oft billiger. Ein Drei-Minuten-Gespräch aus Ägypten kostet 28 Mark, aus Kenia 22,50 und aus Ceylon 15 Mark. Wer umgekehrt aus der Bundesrepublik in die Ferne sprechen will, muß kräftig drauflegen: Drei Minuten nach Ägypten kosten 35,40 nach Kenia 37,20 und nach Ceylon 39,30 Mark.

Zum erstenmal besteht jetzt Hoffnung, daß die raffigen Goldfinger des Monopolbetriebs eins draufkriegen. Denn gegen ihr jüngstes „Geschenk", den Achtminuten-Zeittakt, formiert sich massiver Widerstand. Die Bonner Opposition verlangt, daß Bundespostminister Kurt Gscheidle alle Fragen nach Für und Wider dieser Einrichtung beantwortet, ehe er die Aufträge für die Zeittaktzähler an die Industrie vergibt.

Beinahe wäre es dazu schon zu spät gewesen. Zwar hatte Gescheidle seinen Kunden versichert, die Zeittakt-Versuche sollten noch ein halbes Jahr weiterlaufen, ehe Beschlüsse gefaßt würden. Gleichzeitig aber ließ sich der Post-Boß bei den Konjunkturberatungen der Bundesregierung Mitte September grünes Licht für Industrieaufträge in Höhe von 1,6 Milliarden Mark geben. Bonner Unions-Sprecher nannten das schlicht Betrug am Kunden und Mißachtung des Parlaments.

Auf fast zwanzig Milliarden Mark summieren sich in diesem Jahr die Gebührengroschen der deutschen Telefonbenutzer. Für die Post ein riesiges Geschäft. Denn ihr beschert das Telefonmonopol eine Umsatzrendite von 15 Prozent — eine Gewinnspanne, die jedem Privatunternehmen als Wucher angekreidet wird. Wo das Geld bleibt? Am 24. Februar 1970 befand das Bundesverfassungsgericht für Recht, daß der Post „innerbetrieblicher Kostenausgleich" gestattet sei: Mit dem Mammuterlös aus dem Telefonbetrieb gleicht sie die Verluste aus den Bereichen Brief- und Paketversand aus. Kein Mensch kann sie zwingen, die Telefonprofite wenigstens teilweise auch dem Telefonkunden wieder zugute kommen zu lassen.

Wer je außerhalb unserer Grenzen telefoniert hat, weiß, um wieviel besser der Service anderswo ist — wohlgemerkt, bei durchweg niedrigeren Ge-

Kurt Gscheidle ist der oberste Postillion im Lande. Aber als Manager hat der Minister versagt. Denn wie seine Vorgänger, so führt auch er die Bundespost nicht wie einen modernen Dienstleistungsbetrieb, sondern wie zu Kaisers Zeiten. Jetzt haben sich die Bonner Postbürokraten eine neue Masche ausgedacht, ihre Kunden zu schröpfen — den Zeittakt

Auflegen, H

Stern, 20.10.1977

00
DEUTSCHE BUNDESPOS
err Minister!

bühren. Nur ein paar Beispiele:

R-Gespräche, bei denen der Angerufene die Gebühr zahlt, sind in den meisten europäischen Ländern möglich. In der Bundesrepublik wurden sie abgeschafft, als die Selbstwählvermittlung eingeführt wurde.

Sich an öffentlichen Sprechstellen anrufen zu lassen ist in vielen Ländern möglich; in Spanien und den Vereinigten Staaten gibt's sogar R-Gespräche aus Telefonzellen. Auch bei uns wäre es technisch kein Problem, Telefonzellen anzurufen. Dennoch verhindert das die Post. Ihre widersinnige Begründung: Der „abgehende Verkehr" könnte belästigt werden.

Wer in Österreich ein größeres Geldstück in der Telefonzelle eingeworfen hat und nicht den vollen Betrag abtelefoniert, drückt einen Knopf und kann dann mit weiteren Gesprächen das zuviel gezahlte Geld aufbrauchen. Bei der deutschen Post geht's nicht so schnell — erst die allerneuesten Münzer haben den grünen Knopf. Bei den übrigen kassiert die Post den Überschuß.

Konferenzschaltungen für mehrere Telefone gibt es bei der deutschen Post erst seit einem Jahr und nur nach umständlicher Voranmeldung. In den USA gibt es das schon seit 30 Jahren, billiger, ohne Voranmeldung und sogar im Selbstwähldienst.

In Japan kann man sich mit dem Telefon in posteigene Rechenzentren einschalten und sich dort durchrechnen lassen, was immer anfällt — sogar die ganze private Buchführung; bei der Bundespost: erst jetzt langsames Erwachen aus dem Winterschlaf.

Wenn der Post mal Kundendienst einfällt, dann eher als Dienst des Kunden an der Post. Denn dann dient's nur dem Reibach: die längere Schnur fürs Telefon 15 Mark Anschlußgebühr; die zweite Steckdose 120 Mark Anschlußgebühr und 1,70 Mark monatliche Miete; das Tastentelefon 6,90 Mark monatlich; ein farbiges Telefon 40 Mark

Gigantisch

Neben der Post schrumpfen selbst Industriegiganten zu Zwergen: eine halbe Million Mitarbeiter, 82 000 Autos, 20 000 Zweigstellen, Investitionen für 6,1 Milliarden Mark allein in diesem Jahr. Vom jährlichen Überschuß der Telefongroschen könnte der staatliche Monopolbetrieb das VW-Werk kaufen. Kein anderes deutsches Unternehmen erreicht solche Rekorde. Doch die glänzenden Zahlen sind Fassade, dahinter steckt nur ein selbstgefälliger Traditionsbetrieb – groß, gelb und verkrustet

Auswechselgebühr; ein Tonbandanschluß 15 Mark fürs Anbringen und monatlich 50 Pfennig.

Der neueste Kassenfüller ist ein Knüller: Die Post läßt sich dafür bezahlen, daß sie genau das nicht tut, wofür sie sonst kassiert. Bei den elektronischen Tastentelefonen, die zur Zeit in München und Stuttgart eingeführt werden, kann man ankommende Gespräche aussperren. Wer anruft, erhält dann vom zentralen Tonband die Aussage: „Dieser Teilnehmer wünscht zur Zeit keinen Anruf." Aber die Ruhe kostet happig: erst mal einen Antrag, dann eine Antragsannahmegebühr von drei Mark und schließlich noch die Gebühr von 60 Pfennig je Tag. Dabei tät's auch ein kleiner Schalter für 50 Pfennig aus dem Kaufhaus.

Der Riese Post, mit fast 500 000 Beamten, Angestellten und Arbeitern das personalstärkste Unternehmen Deutschlands, ist vor lauter Größe bewegungsfaul geworden. Nur wenn hierzulande einmal anderen etwas einfällt, dann wird der Gigant munter und legt sich quer.

Zu den Firmen, die das schmerzhaft zu spüren beka-

Foto: Schaffrath

Der Fernsehturm in Hamburg, besetzt mit Parabolspiegeln für den Telefon-Richtfunk. Die Hälfte aller Ferngespräche leitet die Post nicht mehr über Kabel

Foto: Jürgen Gebhardt

Undicht

Lautstark garantiert die Post: Unser Telefonnetz ist abhörsicher. Doch richtig ist das Gegenteil: Zum Beweis hörte der STERN über Richtfunk geführte Ferngespräche mit. Dazu genügte bereits handelsübliches Gerät. Die Tonbandaufzeichnung des Experiments wurde beim Rechtsanwalt hinterlegt. Noch löcheriger ist das Fernsprechgeheimnis bei Gesprächen übers Autotelefon. Die kann jeder schon mit einem umgebauten Radio belauschen

men, gehört das Münchner Unternehmen „Madison". Das bietet Sachen an, die die Post fürchtet wie der Teufel das Weihwasser — Zusatzgeräte für Telefon und Fernschreiber, die technisch weit über das bei der Post übliche Gerät fortgeschritten und anderswo, vornehmlich in den USA, längst gebräuchlich sind: Anrufweiterleitungen, automatische Wähleinrichtungen, fast lautlos arbeitende Fernschreiber, Telefon-Nebenstellenanlagen, die besser und um ein Drittel billiger sind als die der Post. Nur eben: Für die besseren Sachen versagt die Post ihre Zulassung.

Dennoch hat „Madison" inzwischen etwa 2000 der „nicht genehmigten" Geräte bei Kunden aufgestellt. Reiner Hagemann, Justitiar der Firma: „Wir sind entschlossen, nötigenfalls für alle unsere Kunden Rechtsverfahren durchzuführen. Der Post drohen dann 2000 Widersprüche bzw. Prozesse, die unter Umständen sogar bis zum Bundesverwaltungsgericht gehen können."

Weshalb Angebote wie die von „Madison" für Postkunden attraktiv sind, zeigt das Beispiel der Anrufweiterleitung. Mit diesem Zusatzgerät kann der Angerufene sicherstellen, daß ihn ein Gespräch auf jedem von ihm gewünschten Apparat erreicht. Die Bundespost bietet diesen Service auch — aber sie berechnet dafür 40 000 Mark Kaufpreis und monatlich 219 Mark Wartung. Die private Konkurrenz in München bietet ein ähnliches Gerät, das obendrein noch Konferenzschaltungen vermitteln kann, für 285 Mark monatlich an — ohne horrende Kaufsummen. Kein Wunder, daß die Post im Fall „Madison" auf ihr Monopol pochte und prompt die Zulassung verweigerte. Jetzt darf man auf den Ausgang der Prozesse gespannt sein, die „Madison" inzwischen mit dem Ziel gegen die Bundespost führt, deren alleinige Fernmeldehoheit zu knacken.

Ein anderer Störenfried des betulichen Postlebens ist die Computer-Firma Nixdorf, eine der rührigsten Erfinderwerkstätten in der Bundesrepublik. Ihr bescheinigte die Post zwar im vorigen November die technische Unbedenklichkeit für das „Datentelefon 8811". Doch die volle Zulassung und damit die volle Betriebserlaubnis wurden verweigert.

Denn das Datentelefon kann mehr, als die Post erlaubt. Es koppelt Telefon und Computer. Mit seiner Hilfe kann man mit weit entfernten Rechnern und Datenspeichern sprechen, Computerprogramme ablaufen lassen, die Ergebnisse ausdrucken oder auf Bildschirm übertragen, Briefe schreiben, fernschreiben und — natürlich — auch telefonieren. Vor allem macht es durch den Verbund von kleinen und mittleren Computern die teuren Großrechner für den täglichen Gebrauch weit-

gehend überflüssig. Und das alles über ganz normale Telefonleitung: Nixdorf-Vorstandsmitglied Helmut Rausch: „Ein Intelligenzverstärker für den Arbeitsplatz."

Für die Postler jedoch ist ein Gerät mit solch intelligenten Fähigkeiten ein Ärgernis. Denn ihre Gesetze schreiben für die Nutzung jeder dieser Fähigkeiten ein eigenes Gerät vor, mit einer eigenen Leitung und einem extra post-eigenen Anpassungsgerät, dem „Modem". Und für alles kassiert die Bundespost; zum Beispiel für den billigsten Post-Modem für Fernverkehr monatlich 148 Mark Miete. Der Nixdorf-Modem dagegen, im Gerät gleich eingebaut und wesentlich leistungsstärker, kostet die 148 Mark nicht mal in der Herstellung.

Das Nixdorf-Datentelefon hätte die deutsche Nachrichtentechnik wenigstens auf diesem Gebiet wieder dorthin gebracht, wo sie schon seit Jahren nicht mehr ist: an die Spitze des Fortschritts. Amerikaner und Japaner haben die deutschen Strippenzieher mit atemberaubendem Tempo abgehängt. In der Skala des technischen Fortschritts stuft ein Fachmann vom Forschungsministerium die deutsche Nachrichtentechnik nur noch auf „Platz fünf, wahrscheinlich nur Platz sechs" ein.

Der Anteil der deutschen Kommunikations-Industrie am Weltmarkt schrumpfte von 1972 bis zum Beginn dieses Jahres um ein Viertel. Gleichzeitig stieg die Einfuhr in die Bundesrepublik von 392 auf 695 Millionen Mark. Allein der amerikanische Konzern „Western Electric" hat am Weltmarkt einen dreimal so hohen Anteil wie die gesamte deutsche Konkurrenz. Aufstrebende Länder der Dritten Welt kaufen längst nicht mehr unbesehen bei den Deutschen, wenn sie Technik der Spitzenklasse haben wollen.

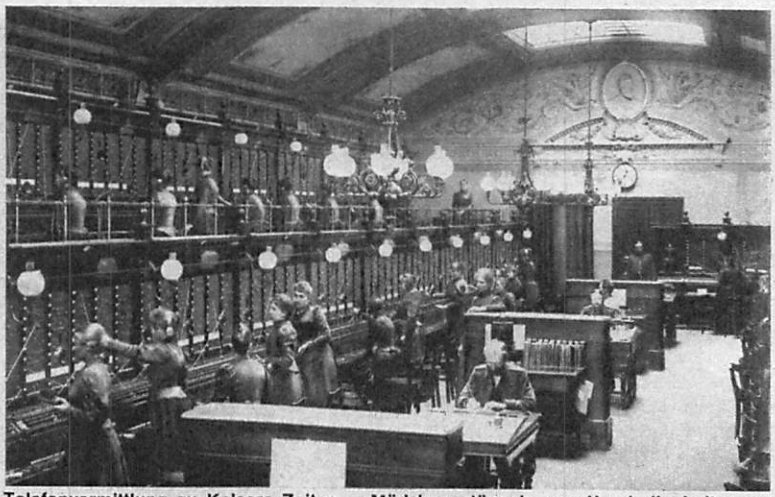
Am 16. März vorigen Jahres schlug der deutsche Generalkonsul in São Paulo in einem Brief ans Auswärtige Amt Alarm: Die brasilianische Regierung beabsichtige, zwei europäische Großfirmen

Verfilzt

Seit jeher marschieren Post und Nachrichten-Industrie Arm in Arm: Die Post hält an ihrer Einheitstechnik fest; die Lieferanten verdienen gut dabei. Weil echter Wettbewerb unter den Herstellern fehlt, bleibt kundennaher Fortschritt auf der Strecke

für Fernsprech- und Vermittlungstechnik „von der weiteren Entwicklung des brasilianischen Fernmeldesystems auszuschließen.". Die eine betroffene Firma war Schwedens Unternehmen Ericson, die andere das deutsche Glanzstück Siemens. Und Indonesien kaufte vor zwei Jahren ein neues Telefonnetz für eine halbe Milliarde in den Niederlanden, Siemens hatte das Nachsehen.

Vorbei sind die Jahre, in denen Deutschland als der Motor technischen Fortschritts auch auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik galt. Wie düster es steht, sagt Professor Bernd-Peter Lange, Mitglied der von der Bundesregierung eingesetzten „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems" in einem Satz: „Es sieht im Moment so aus, als wenn die deutsche Industrie Mühe hat, überhaupt den Anschluß an die Weltentwicklung zu bekommen." Andere, nämlich Vertreter amerikani-



Telefonvermittlung zu Kaisers Zeiten — Mädchen stöpseln per Hand die Leitungen

Telefonvermittlung zu Gscheidles Zeiten — zum Computer ist der Weg noch weit

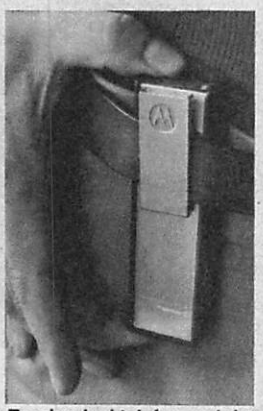
Foto: Axel Carp

scher oder japanischer Weltfirmen, reden über die deutsche Konkurrenz fast schon ein bißchen mitleidig. So sagt Gerhard Sieger, Repräsentant des amerikanischen Computer- und Nachrichtenkonzerns Hewlett-Packard: Es gibt sicher wunderschöne Entwicklungen in den deutschen Labors. Aber in Amerika sind die schon in den Katalogen."

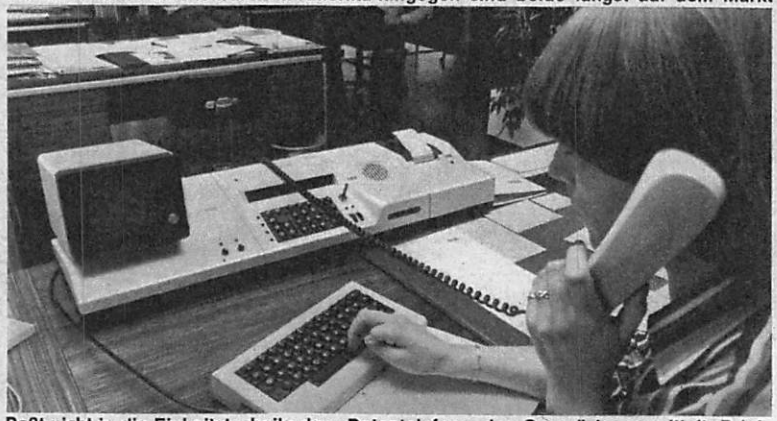
Die deutsche Kommunikations-Industrie bekommt jetzt die Quittung für ihren Mangel an Fortschrittseifer. Jahrzehntelang hat sie sich immer nur an der durch Monopolgesetze verursachten Bedürfnislosigkeit der Post orientiert. Weshalb sollten sich Firmen wie Siemens um „Innovationen", um Neuentwicklungen bemühen, wenn die Post als Großabnehmer mit Herkömmlichem zufrieden ist?

So gilt bis heute das Zauberwort „Einheitstechnik". Die Post führt an Neuerungen nur ein, was für alle 15,1 Millionen Telefonbesitzer tauglich ist. Nicht was ein Teil der Kunden braucht, ist wichtig, sondern das, was alle brauchen. Und verboten ist alles, was nicht ausdrücklich erlaubt ist. Die Engländer und Amerikaner machen es schlauer, riskieren dabei aber auch Nachteile. Dort finden sich im Leitungsnetz noch alle Entwicklungsstufen nebeneinander — von der Telefon-Steinzeit bis in unser Zeitalter der Fernmeldesatelliten. In ganz entlegenen ländlichen Gebieten kann es schon passieren, daß selbst Ortsgespräche noch handvermittelt werden. Aber dafür haben sie in ihren dichten Netzbereichen bereits eine Technik, die bei uns erst zur Jahrtausendwende üblich sein wird. Die Einheitstechnik bei uns hemmt dagegen jede flexible Anpassung.

Die Post lebt zu bequem hinter ihrem juristisch sorgsam gesicherten Monopolzaun. Der goldene Regen, der über sie niedergeht und ihr im vorigen Jahr nach Abzug der Subventionen für die defizitären Bereiche noch knapp 1,2 Milliarden Mark Reingewinn brachte, vernebelt auch den



Paßt nicht in die Einheitstechnik der Postbürokraten: das Taschenfunktelefon und der drahtlose Mini-Personenrufer. In Amerika hingegen sind beide längst auf dem Markt



Paßt nicht in die Einheitstechnik: das »Datentelefon«, das Gespräche vermittelt, Briefe und Telexe schreibt, rechnet und außerdem noch Computer miteinander verbinden kann

Taub

Ideenreiche Außenseiter finden bei der Post kein Gehör. Geräte, die das Telefon vielseitiger verwendbar machen, gibt es genug. Doch nicht bei der Bundespost. Denn der gelbe Riese hat Angst, daß sein Monopol durchbrochen wird. Von den traditionellen Herstellern entwickelt und von der Post genehmigt wird deshalb nur, was in die Einheitstechnik paßt

Politikern den Blick dafür, daß die Post ein Überbleibsel aus der Zeit des Obrigkeitsstaates ist.

Und ebenso alt ist die Allianz zwischen Post und Industrie. Belegbar ist sie, seit sich 1934 und 1940 Staatsunternehmen und Großfirmen über den Markt für Nebenstellenanlagen einigten, einen Geschäftsbereich, der besonders dickes Geld abwirft. Auch der Markt für Fernsprech-Vermittlungstechnik — immerhin ein Kuchen von jährlich 1,4 Milliarden Mark — ist zum Wohle der großen und zu Lasten der kleinen Hersteller geordnet. Am Telefonmarkt halten Siemens und seine Beteiligungsfirma DeTeWe mehr als 30 Prozent, am Markt für Vermittlungstechnik 59 Prozent — ein Auftragspolster von knapp 900 Millionen Mark jährlich.

Ministerialrat Arnold Dohmen, unterm Zeichen des Posthorns für Beschaffung zuständig, gesteht freimütig ein, daß die Industrie diesen Markt unter sich aufgeteilt hat. Aber: „Wir mischen uns da nicht ein." Helmut Rausch von der Privatfirma Nixdorf resignierend: „Den wenigen großen Herstellern kann diese Situation kaum unangenehm sein. Werden sie doch vor Wettbewerb weitgehend geschützt."

Die Interessen von Post und Siemens gleichen sich bis-

weilen so sehr, daß Ulrich Jochimsen, freier Erfinder von Nachrichtengerät in Wiesbaden, höhnt: „Die Post ist die Betriebsabteilung von Siemens." Nicht eimal Forschung in nennenswertem Umfang betreibt die Post selbst. Sie läßt forschen — bei Siemens und den anderen Herstellern. Aber nur, was der Einheitstechnik dient. Auf der Strecke bleibt kundennaher Fortschritt.

Dazu ein Beispiel. In den USA wird derzeit ein Funktelefon erprobt. Der ganze Apparat ist nur so groß wie ein Telefonhörer und leitungsunabhängig — eine phantastische Sache, die in den kommenden Jahren über die ganzen Vereinigten Staaten ausgebreitet werden soll. In Deutschland scheitert's am Vermittlungsmonopol der Post — und an deren Voreingenommenheit.

Denn ein solches Funktelefon ist — geeignet für deutsche Verhältnisse — längst fertig. Post-Störenfried Ulrich Jochimsen hat es gebaut und trägt es betriebsklar in der Jackentasche. Nur die Zulassung vom Fernmeldetechnischen Zentralamt (FTZ) der Post bekommt er nicht. FTZ-Sprecher Helmut Herper: „Das Ding stört uns doch nur alle Funkfrequenzen" — als wenn die Frequenzen in Deutschland empfindlicher wären als in den USA.

Wie der Fortschritt an der langen Leitung hängenbleibt

Mit einer anderen Idee brachte derselbe Ulrich Jochimsen schon einmal das ganze satte Bürokratengefüge der Post in Unruhe. Er bot an, gemeinsam mit Nixdorf eine „Black Box" zu entwickeln. Der „schwarze Kasten" soll eine Kombination von Sicherung, Gebührenzähler und Steckdose fürs Telefon sein. Daran könnte sich jeder anschließen, was er will und was technisch möglich ist: Konferenzschaltungen, Datenschirme, elektronische Babysitter.

Ein Entwicklungsvorschlag für die „Black Box", gerichtet ans Forschungsministerium, wurde abgelehnt. Interne Begründung: Wenn wir das machen, schlachtet uns die Post. Und das wiederum wäre verständlich — die „Black Box" würde das liebgewordene Monopol drastisch kappen. Das Reich unter dem Posthorn würde beschränkt auf die Leitungen und die Vermittlungseinrichtungen, an der Wohnungs- oder Bürotür wäre die Macht zu Ende. Seither schläft das Projekt „Black Box" auf dem Dienstweg, nun schon über zwei Jahre.

Nötig wäre, um den Fernmeldebereich der Bundespost in Schwung zu bringen, ein Oberpostillon, der rigoros mit dem ganzen Traditionsbetrieb aufräumt — mit dem aufgeblähten Verwaltungswasserkopf, mit der Einheitstechnik, mit der Industrie-Verfilzung. Kein Bundespostminister war bisher zu einer solchen Reform im Denken und Handeln fähig und bereit.

Kurt Gscheidle, als Doppelminister auch zuständig für den Verkehr zwischen Flensburg und Freilassing, ist es auch nicht. Eigentlich hatte der gelernte Posttechniker ganz was anderes werden wollen, nämlich Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Seine Chancen standen gut — bis der wackere Schwabe am 4. März 1969 unter die Räuber fiel. Da fand ihn die Berliner Polizei gegen Mitternacht besinnungslos und beraubt in einer Blutlache auf der Straße, Endstation eines Sit-ins in der Porno-Bar „Babalu", Endstation auch im Erklimmen des DGB-Vorsitzes.

Dennoch endete der Fall vom Barhocker auf einem bequemen Stuhl: Kurt Gscheidle, seit 1957 schon stellvertretender Vorsitzender der Postgewerkschaft wurde 1969 beamteter Staatssekretär im Bonner Postministerium. Und dort fand er seine gewerkschaftlich-solidarische Hausmacht bereits vor. Fünf Jahre später war er Minister.

Nur selten eckt Gscheidle an, wenn er einen geschätzten Helfer in die ihm gemäße Position bringen will. Anfang Mai allerdings hatte er Pech. Als er vor der Neuwahl des Postverwaltungsrates erneut den Siemens-Vorstand Dieter von Sanden als sachverständiges Mitglied benannte, erlaubte sich bei der Beratung im Kabinett der damalige Wirtschaftsminister Hans Friderichs die Frage: Ob der Kollege nicht wisse, daß von Sanden in eine Kartell-Affäre verwickelt gewesen sei?

Nur zweimal muckten die Kontrolleure gegen den Minister auf

Gscheidle wußte das nur allzu gut. Denn trotz aller Freundschaft zu den Herstellern hatte seine eigene Post das Kartellamt bemüht, nachdem Siemens und elf andere Hersteller allzu kräftig gekungelt hatten. Am 13. Januar vorigen Jahres waren auf Anordnung des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten Schlag 9.30 Uhr bei allen zwölf Firmen Polizei und Kartellamt zur Razzia aufgezogen. Bei den Deutschen Telefonwerken in Berlin (Siemens-Beteiligung: 37 Prozent) warfen verschreckte Angestellte Belastungsmaterial aus dem Fenster — drunten sammelte die Polizei erfreut ein.

Herauskam, daß alle zwölf Firmen Lieferung und Preise von 400 000 Telefonen abgesprochen hatten. Fünf Monate später brummte das Kartellamt den Firmen und zwanzig ihrer leitenden Angestellten Bußgelder in Gesamthöhe von einer knappen Million Mark auf. Die höchsten Einzelstrafen: 200 000 Mark für Siemens und 15 000 Mark für Siemens-Vorstand Dieter von Sanden.

Und ausgerechnet diesen Herrn hatte Gscheidle wieder für den Postverwaltungsrat nominiert. Als nun nichts draus wurde, fiel die ganze Neuwahl aus. Der alte Verwaltungsrat führte ein dreiviertel Jahr die Geschäfte weiter — was von allzu großer Bedeutung nicht ist. Denn der Verwaltungsrat ist zwar das oberste Aufsichtsgremium der Post. In der Praxis jedoch ist er ein König ohne Land. Beschließen kann er nur über das, was der Minister ihm zur Abstimmung vorlegt. Nur zweimal in den letzten 15 Jahren folgte er nicht der Empfehlung des Ministers.

Dabei könnte der Postverwaltungsrat durchaus das Gremium sein, das für die notwendigen Reformen im System sorgt. Nur müßte er dann wirklich mit unabhängigen Fachleuten besetzt sein. Statt dessen haben die 24 Mitglieder dieser Versammlung vom Tuten und Blasen ins Posthorn kaum eine Ahnung: Bundestag und Bundesrat schicken je fünf Vertreter — Abgeordnete und Minister, die ohnehin überlastet sind; mit fünf Mann dabei sind die Wirtschaftsverbände; zwei Plätze besetzen Sachverständige; und sieben ihrer Aufpasser stellt sich die Post gleich selbst — Sitze für Personalvertreter, auf denen sich im Proporz Gewerkschafter niederlassen.

Ein so zusammengesetzter Aufsichtsrat kann bestenfalls raten, was er denn eigentlich beaufsichtigen soll. Der vereinten Kraft von Postbehörde und Industrie hat er nichts entgegenzusetzen. Wie eng diese Zusammenarbeit ist und wie gut sie funktioniert, zeigte sich, als die Bundesregierung 1973 ihre „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems" (KtK) einsetzte. Die Kommission sollte unabhängig sein — auch von der Post. Doch Post und Industrie hatten die Sache schnell im Griff. Die wichtigsten Entscheidungen fielen im Arbeitskreis II (Technik und Kosten), der allein zwei Drittel des KtK-Abschlußberichts erarbeitete. Von den 68 Sachverständigen, die der Arbeitskreis zuzog, kamen 14 von der Post, 41 von ihren Zulieferern; allein die großen drei — Siemens, AEG und Standard Electric SEL — schickten 36 Experten.

Der Bericht fiel entsprechend aus: Er empfahl, was die Post ohnehin vorgehabt hatte — im Prinzip nichts Neues. ■